P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30 + 64 – Sparkassen- und Giroverband und Zukunft der Provinzial

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 421.04 / 17.12.2004

Grüne

Fusion grundsätzlich notwendig ist, um die Zukunftsfähigkeit der Provinzial Versicherungen sicherzustellen

Die Liberalisierung der Versicherungsmärkte durch die EU vor elf Jahren hat dazu geführt, dass das Land 1995 die Trägerschaft der Provinzial an den Sparkassen- und Giroverband (SGV) übertragen hat.

Das Land, das selbst nie finanzielle Mittel in die Provinzial investiert hat, hatte im Kaufvertrag abgesichert, dass es bei einem Weiterverkauf von Aktien der Provinzial Nord durch den SGV im Falle eines Übererlöses einen finanziellen Ausgleich für die Landeskasse gibt. Außerdem wurde vertraglich festgelegt, dass der Sitz der Provinzial in Kiel bleibt, um den Finanzplatz Schleswig-Holstein zu sichern und Arbeitsplätze in der Region zu halten.

Im Rahmen nun anstehender weiterer Veränderungen haben wir hier im Plenum schon mehrfach diskutiert, wann wir diese rechtlich verankerten Ansprüche einfordern können und müssen. Dabei hat die Landesregierung plausibel gemacht, dass es als ersten Schritt ein Rechtsgutachten geben muss. Dieses liegt ebenso vor wie ein gutachterlich ausgearbeiteter und begründeter neuer öffentlich-rechtlicher Vertrag, der zur Abstimmung steht.

Im Verbund mit der ebenfalls vorgelegten Abwägung der Fusionsalternativen sind die Entscheidungsgrundlagen für uns offen und transparent dargelegt!

Um die Fusion vertragskonform zu machen, muss es eine Änderung des alten Vertrages geben, da zukünftig weniger als 75,1 Prozent der Anteile beim SGV verbleiben, allerdings nach wie vor mindestens 75,1 Prozent im öffentlichen Bereich. Eine weitere Konsequenz ist eine klarstellende Neuformulierung des Tatbestandes der Übererlöse, um dessen Definition wir als Parlament schon mehrfach gerungen haben.

Mit dem neuen Vorschlag wird klargestellt wann der Übererlös fällig wird, nämlich wenn der SGV seine Beteiligung an der Holding veräußert oder aber ein Erlös aus der bisherigen Fusion unmittelbar an den SVH fließt, d. h. wenn tatsächlich Geld fließt!

Der vollständige Vorschlag der Landesregierung zur Änderung des Vertrages ist im Umdruck 15/5194 dokumentiert: Dabei geht es insbesondere um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuereinnahmen in Kiel, um festgeschriebene Sitze der Holding-Töchter und um weitere rechtliche Klarstellungen.

Meine Fraktion möchte der geplanten Fusion mit der Westfälischen Provinzial zustimmen. Wir schließen uns der Bewertung der Boston Consulting Group an, dass diese Fusion der auch diskutierten Nord-Lösung vorzuziehen ist. Auch dies ist dem Landtag und den Ausschüssen überzeugend dargelegt worden.

Insgesamt teilen wir die Auffassung der Landesregierung, dass eine Fusion grundsätzlich notwendig ist, um die Zukunftsfähigkeit der Provinzial Versicherungen sicherzustellen.

***